

## **Absperrung Gumpendorfer Gürtel**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28, MA 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, die Ausweitung der Sicherheitsabspernung im Bereich Gumpendorfer Gürtel zu prüfen.

### **Begründung**

Derzeit befindet sich vor dem Eingang der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer, Gumpendorfer Gürtel 6, eine Sicherheitsabspernung. Um die Gefahr zu reduzieren, dass Menschen unabsichtlich auf die Gürtelfahrbahn gelangen, sollte die Abspernung in Richtung Zebrastreifen ausgedehnt werden.

Marcel Flitter

**Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen**

## **Ampelanlage Gumpendorfer Gürtel**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, die Ampelanlage im Bereich Gumpendorfer Gürtel / Gumpendorfer Straße / Mariahilfer Gürtel zu prüfen.

### **Begründung**

Die zusätzliche Ampelanlage im Bereich des AMS für Jugendliche hat offensichtlich zu Änderungen bei der Ampelschaltung auf Höhe Gumpendorfer Straße geführt. Von der Gumpendorfer Straße kommende Verkehrsteilnehmer/innen haben beim Abbiegen Richtung Westbahnhof eine geringere Zeitspanne zur Verfügung, wodurch es zu Spitzenzeiten zu einem Rückstau kommt.

Karl Gödde

**Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen**

## **Soziale Probleme Barnabitengasse**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 40) im Zusammenwirken mit der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission zu ersuchen, Lösungsvorschläge für ein besseres Miteinander im Bereich der Barnabitengasse, Höhe Mariahilfer Kirche, zu erarbeiten.

### **Begründung**

Im Bereich der Barnabitengasse 11-13 befindet sich der Notausgang des English Cinema Haydn. Laut Eigentümer haben sich in den letzten Wochen verstärkt Personen unmittelbar vor dem Notausgang niedergelassen und dort kampiert, was zu gefährlichen Situationen geführt hat. Im Rahmen der Kommission sollen gemeinsam mit Vertretern der Sozialeinrichtung Gruft und der Polizei Lösungen erarbeitet werden.

Karl Götde



**Antrag auf Zuweisung sowie der Antrag selber wurden abgelehnt (Zustimmung nur seitens der ÖVP)**

## **Bewässerung Bäume**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 42) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, den Einsatz von Schwammsteinen zur Bewässerung von Mariahilfer Bäumen zu prüfen.

### **Begründung**

Mit dem sogenannten „Schwammstein“ soll Regenwasser in Baumscheiben entlang von Straßenzügen eingeleitet und dadurch Bäume besser bewässert werden. Erste Tests in der Teschnergasse im 18. Bezirk verliefen laut Stadt Wien im Herbst 2021 sehr positiv, nun wird bei einem Projekt im 15. Bezirk weiter getestet. Im Rahmen der Kommission soll erörtert werden, wo Schwammsteine auch in Mariahilf zum Einsatz kommen könnten.

[„Schwammsteine“ sollen Stadtbäume retten - wien.ORF.at](https://www.orf.at/stories/0341111/)

Gerhard Hammerer

**Antrag wurde einstimmig dem Umweltausschuss zugewiesen**

## **Bewässerung mit Regenwasser**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28, MA 42) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Verwendung von Regenwasser für die Bewässerungen der Bäume, Sträucher und Beete in Mariahilf zu prüfen.

### **Begründung**

Wasser ist die wertvollste Ressource der Welt und die Errungenschaft des Wiener Hochquellwassers ist zentral für die Lebensqualität unserer Stadt. Doch gerade in Zeiten des Klimawandels, in denen in Europa vielerorts der Grundwasserspiegel gesunken ist und ganze Landstriche mit Trockenheit zu kämpfen haben, sollte die Stadt Wien ihre öffentlichen Bewässerungssysteme so rasch wie möglich und zur Gänze auf Nutz- und Brauchwasserbewirtschaftung umstellen.

Insbesondere bei neuen baulichen Projekten in Mariahilf sollte in puncto Bewässerung sensibel mit unserem Quellwasser umgegangen werden, gibt es doch schon längst technisch kostengünstigere und umweltschonendere alternative Wasserversorgungsmethoden – man denke etwa an die Zisternenbewässerung der Bundesgärten. Nicht nur würden u.a. der MA 42 dadurch weniger Kosten entstehen, sondern es könnte auch ein nachhaltiger Beitrag geleistet werden, um die Negativfolgen der innerurbanen Verdichtung der Stadt und des Klimawandels zumindest partiell abzufedern.

Ein neuer konsequenter Umgang mit Regenwasser sowie kluge Wassermanagementsysteme sind indes international Standard: Eine Vielzahl von naturnahen Best Practices und technischen Verfahren von Regenwasserbewirtschaftungskonzepten stehen im europäischen Raum zur Verfügung. Eine Orientierungshilfe kann etwa das Projekt »Wassersensibel planen in Berlin« bieten, zeigt sich hier doch, wie die Regenwasserbewirtschaftung nutzbringend in die städtebauliche Planung sowie konkrete infrastrukturelle Vorhaben integriert und wie sie von Anfang an im Bauplanungsprozess verankert werden kann. Zuletzt lässt sich daran auch zeigen, wessen Einbindung und welche Stakeholder hilfreich sind, um sicherzustellen, dass das System effizient, kostengünstig und nachhaltig arbeitet.

[Orientierungshilfe Wassersensibel planen in Berlin | Regenwasseragentur](#)

Gerhard Hammerer

**Antrag wurde einstimmig dem Umweltausschuss zugewiesen**

## **Bodenmarkierung Otto-Bauer-Gasse**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28, MA 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, die Bodenmarkierungen Radfahren gegen die Einbahn im Bereich Otto-Bauer-Gasse zu prüfen.

### **Begründung**

Aufgrund der Baustelle vor Otto-Bauer-Gasse 12 ist das Radfahren gegen die Einbahn aktuell nicht möglich. Drei Bodenmarkierungen sind aber noch vorhanden, wodurch es zu gefährlichen Situationen mit Radfahrern kommt. In der Kommission soll geprüft werden, ob die Bodenmarkierungen provisorisch durchgestrichen werden können (wie z.B die orangenen Bodenmarkierungen in Baustellenbereichen) oder ob alternativ ein zusätzlicher Hinweis sinnvoll wäre.

Marcel Flitter

**Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen**

## **Hundeverbotszone Schmalzhoftempelpark**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 42) im Zusammenwirken mit der Miteinander leben, lernen, gestalten Kommission zu ersuchen, den Umfang der Hundeverbotszone im Schmalzhoftempelpark zu prüfen.

### **Begründung**

Gemäß dem auf wien.gv.at veröffentlichten Plan ist der gesamte Bereich vor dem Haus Mariahilf als Hundeverbotszone deklariert (siehe Grafik). In der Kommission sollen die Kriterien für Hundeverbotszonen erörtert und Änderungsmöglichkeiten diskutiert werden. Ziel ist ein besseres Miteinander zwischen Hundebesitzern und anderen Interessengruppen in der Parkanlage.

Karl Gödde



**Antrag wurde einstimmig der Miteinander leben, lernen, gestalten Kommission zugewiesen**

## **Künstlerische Nutzung Wiener Wohnen**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál zu ersuchen, sich bei Wiener Wohnen im Zusammenwirken mit der Kulturkommission dafür einzusetzen, dass die alternative Nutzung von leerstehenden Gassenlokalen in Objekten von Wiener Wohnen in Mariahilf durch Künstlerinnen und Künstler geprüft wird.

### **Begründung**

Die Pandemie hat auch bei den Künstlerinnen und Künstlern Spuren hinterlassen, leerstehende Lokale wären ideal, um die Werke lokaler Künstler zu präsentieren. Davon profitierten nicht nur die Kunstschaffenden, sondern auch das Grätzl und die ganze Gesellschaft. Ein diesbezüglicher Antrag wurde zuletzt auch auf der Landstraße angenommen, seitens Wiener Wohnen waren danach positive Signale zu vermelden.

Maria Blazej

**Antrag wurde einstimmig der Kulturkommission zugewiesen (Neos waren Mitunterzeichner)**



## **Orange the World – Gegen Gewalt an Frauen**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 34) zu ersuchen, das Amtshaus Mariahilf im Aktionszeitraum „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ orange zu beflaggen, um ein sichtbares Zeichen zu setzen, dass in Mariahilf kein Platz für Gewalt gegen Frauen ist.

### **Begründung**

Gewalt in welcher Form auch immer, ob verbal, psychisch oder physisch bis hin zum Mord darf nicht toleriert werden. Vor allem Frauen sind in erschreckendem Ausmaß von körperlicher Gewalt betroffen; leider war im vergangenen Sommer auch unser Bezirk betroffen. Umso wichtiger ist es hier rasch und gezielt Maßnahmen zu setzen, darüber zu sprechen und die Gesellschaft zu sensibilisieren.

Als wichtiges Zeichen der Solidarität und als Zeichen gegen Gewalt an Frauen hat die UNO die Kampagne „Orange the World“ initiiert. Im Aktionszeitraum „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“, der jährlich von 25.11. – 10.12. stattfindet, werden Gebäude orange beleuchtet bzw. beflaggt und sollen somit das Thema sichtbar machen und enttabuisieren. 2020 waren etwa 200 Gebäude österreichweit an dieser Kampagne beteiligt.

Auch der Bezirk soll ein Zeichen setzen und wichtige Gebäude, allen voran aber das Amtshaus Mariahilf im oben genannten Zeitraum orange beflaggen. Nachdem im vergangenen Jahr seitens der Stadt Wien leider keine adäquate Beflaggung zur Verfügung gestellt werden konnte, soll mit dem entsprechenden Vorlauf dies im heurigen Jahr ermöglicht werden.

Maria Blazej

**Antrag wurde einstimmig angenommen (Neos waren Mitunterzeichner)**

## **Wegweiser zum Raimundhof**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Juni 2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 7, MA 19) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, die Anbringung eines Wegweisers auf der Mariahilfer Straße zum Raimundhof zu prüfen.

### **Begründung**

Geschäftsleute des Raimundhofs haben diesen Vorschlag unterbreitet, weil auf den ersten Blick nicht erkennbar ist, dass auf Höhe Mariahilfer Straße 45 eine Durchgangsmöglichkeit bis zum Naschmarkt existiert. Durch einen Wegweiser sollen Passantinnen und Passanten auf den Raimundhof bzw. das Angebot und die Durchgangsmöglichkeit aufmerksam gemacht werden.

Karl Gödde

**Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen**